

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

so wie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Welschbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühr),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Paepelow, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg - St. Georg, Neue Bremerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die breitgehaltene Zeitzeile, oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 3181.

An die Mitglieder des Maurerverbandes!

Kollegen allerorts, sammelt für den Streiffonds, wie der Verbandstag es beschlossen hat!

Auf keinem Arbeitsplatze darf Sammelmaterial fehlen und kein Kollege darf sich von der Sammlung ausschließen. Die Verhältnisse erfordern hohe Leistungen und ein Zusammenwirken aller Kräfte. Auch an der Fernhaltung des Bezuges nach den Streiforten müssen alle Kollegen mitarbeiten.

Der Verbandsvorstand.

Inhalt: Obligatorische Arbeiterkorporationen oder freie Arbeiterkoalition? Eine Volksfrage und ihre Bekämpfung — Rundschau. — Aus dem Reichstage. — Baugewerkschafts- — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Obligatorische Arbeiterkorporationen oder freie Arbeiterkoalition?

II.

Die obligatorische Arbeiterkorporation, wie sie nach den Ideen und Absichten der „Kreuzzeitung“-Konservativen sich darstellt, soll in erster Linie dem Zwecke dienen, das Koalitionsrecht der Arbeiter als ein „überflüssiges“ Recht zu beseitigen und so die freie, selbstständige Arbeiterorganisation unmöglich zu machen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Zweck bereits die seitliche Zinnungs- und die jetzt in Kraft getretene Handwerksorganisations-Gesetzgebung in erheblichem Maße Rechnung trägt. Man hat im Rahmen dieser Gesetzgebung den Arbeitern des Handwerks eine Art Sonderorganisation in der Form der Gesellen-Ausschüsse angewiesen und sich dabei leiten lassen von der Hoffnung, diese Einrichtung werde der „Pflege des guten Einvernehmens zwischen Meister und Gesellen dienen“, den Einfluß und die Wirksamkeit der freien, selbstständigen Arbeiterorganisation brechen oder wenigstens schwächen und auf diese Weise der „Bekämpfung des Unkurzes“ dienen. Daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen ist und auch in Zukunft nicht erfüllt werden wird, könnte unseren Reaktionen, wenn sie überhaupt fähig wären, That-sachen ehrlich und gebührend zu würdigen, als gute Lehre dienen; daß der stetig wachsende Geist der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in der Arbeiterklasse ein Faktor ist, mit welchem gerechnet werden muß, sowohl im wirtschaftlichen Interessenkampf, wie in der politischen und Sozialgesetzgebung.

So wenig wie für die obligatorischen Zinnungen das Koalitions- und das Vereinsrecht in Betracht kommt, so wenig soll dasselbe für die obligatorischen Arbeiterkorporationen maßgebend sein. Wie das Gesetz die Zwangszinnungen regelt, ihre Rechte und Pflichten genau vorschreibt und umgrenzt, so soll auch der obligatorischen Arbeiterkorporation gesetzlich vorgegeschrieben werden, was sie thun darf aber nicht und was sie zu unterlassen hat. Gleich der Zinnung soll auch die Arbeiterkorporation der behördlichen Aufsicht mit all ihren weitgehenden Kompetenzen unterstellt werden. Man könnte sagen, das würde nur ein „rechtlicher Ausgleich“ sein, denn was für die obligatorische Zinnung Geltung habe, das müsse auch auf die obligatorische Arbeiterkoalition Anwendung finden. Dieser sogenannte „rechtliche Ausgleich“ aber würde durchaus nicht die Anerkennung und Verwirklichung einer Gleichberechtigung von Arbeitern und Unternehmern bedeuten. Denn man geht dabei von der Voraus-

setzung aus, daß neben der obligatorischen Arbeiterkorporation eine freie, selbstständige Arbeiterorganisation nicht mehr bestehen soll, daß hingegen die Unternehmer neben ihren korporativen Berufsverbänden nach wie vor auch noch in freien Koalitionen ihre Interessen wahrnehmen können. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter soll eben nur die Zwangskorporation sein; es würde ja direkt gegen den reaktionären Zweck dieser Einrichtung gehen, wollten ihre Befürworter neben ihr noch eine freie Koalition und Organisation der Arbeiter dulden; eine solche zu verhindern, den Arbeitern es unmöglich zu machen, außerhalb des Rahmens der Zwangskorporation unter staatlicher Aufsicht, anders als nach gesetzlicher Vorschrift gemeinsam sich zu betätigen, — das ist es ja gerade, worauf es bei dem Projekt in erster Linie abgesehen ist.

Von einer wirklichen Selbstverwaltung der an gesetzliche Vorschriften gebundenen, unter Aufsicht des Staates stehenden obligatorischen Arbeiterkorporationen könne wirklich nicht die Rede sein. Wirkliche Selbstverwaltung würde ja dem Zweck der Einrichtung, die freie Arbeiterbewegung lahm zu legen, gänzlich entgegen. Die ganze Organisation der Korporation wurde ohne Zweifel von vornherein sehr genau darauf berechnet, die Korporation zu verhindern, eine Kampforganisation zu sein, Fonds für Agitation, Presse, Streiks u. aufzubringen, überhaupt so sich zu betätigen, wie es die freien Gewerkschaften thun. Werden die Aufgaben, die Zwecke der Korporation gesetzlich vorgegeben, behaftet ihr Statut, wie das der Zinnungen u., der Krankenkassen u., behördlicher Genehmigung, so ist es selbstverständlich ganz ausgeschlossen, daß in demselben die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Agitation zu diesem Zwecke, Ansammlung von Streiffonds und sonstige sogenannte „gemeingefährliche“ Unternehmungen Berücksichtigung finden. Das Gesetz bezw. die Aufsichtsbehörde würde ganz genau vorschreiben, für welche Zwecke Fonds gesammelt und verausgabt werden dürfen und wie die Beiträge dazu aufzubringen sind. Das Bestehen, die selbstständigen Arbeiterorganisationen in ihrer Wirksamkeit und in der Verfügung über ihre Geldmittel zu beschränken, ist ja schon mehrfach in der Gesetzgebung hervorgetreten. So im Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen. Dasselbe schreibt vor, daß den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kasenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden darf, sowie daß zu anderen als den gesetzlich vorgesehenen Zwecken „weber Beiträge von den Mitgliedern erhoben, noch Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse erfolgen dürfen“. Im Falle des Verstoßes gegen diese Bestimmungen kann die Schließung der Kasse durch die höhere Verwaltungsbehörde erfolgen. Das Bürgerliche Gesetzbuch sieht für Vereine, welche die Rechte der juristischen Person erwerben, die Entziehung der Rechtsfähigkeit bezw. die Auflösung vor, wenn sie Zwecke (politische,

sozialpolitische oder religiöse), die nach ihren Satzungen nicht zulässig sind, verfolgen.

Ganz zweifellos würde man obligatorischen Arbeiterkorporationen noch weitergehenden Beschränkungen unterwerfen, so daß für sie eigentlich nichts Anderes zu thun übrig bliebe, als die Arbeitervertreter für die verschiedenen Versicherungszweige, für die gewerblichen Schiedsgerichte und die projektirten Arbeitskammern zu wählen. Mit der Pfraze von „Pflege der Standesehre“ würde man die zwangswelke organisirten Arbeiter hinweg zu käuflich versuchen über die Nothwendigkeit der Wahrung und Förderung ihrer gewerblichen und Klasseninteressen gegenüber dem Unternehmertum.

Aus leicht erklärlichem Grund hoben die Konservativen die politische Bedeutung ihrer Vorschläge scharf hervor. Sie sehen diese Bedeutung einmal in der Vernichtung der selbstständigen Arbeiterorganisation, die sie von der obligatorischen Korporation sich versprechen, und fobann in der Möglichkeit, das Reichstagswahlrecht aus einem allgemeinen zu einem ständischen, an die korporativen Berufsverbände geknüpften umzugestalten!!! Diese Verbände sollen die Abgeordneten wählen in genau abgemessener Zahl. Und selbstverständlich würde diese Abmessung beract sein, daß die Arbeiter niemals daran denken können, eine Majorität oder auch nur eine nennenswerthe Minorität im Parlament zu erlangen. Auf diese Weise hofft man, dem einheitlichen Klassenkampf der Arbeiterschaft beikommen zu können; in die Romodie „ständischer Vertretung“ verstrickt, soll der Arbeiter verlernen, daß sein politischer Beruf der Kampf für die Interessen seiner Klasse gegen die Sonderinteressenwirtschaft der herrschenden Stände und Klassen ist.

Der Ausgestaltung des reaktionären Systems, der Zerstörung der freien, selbstständigen Arbeiterbewegung, als Vorwand zur Vernichtung des Koalitionsrechts und des Wahlrechts — zu nichts Anderem soll die obligatorische Arbeiterkorporation dienen. Freilich, von dieser Einrichtung allein verspricht sich die „Kreuzzeitung“ die Ueberwindung der Sozialdemokratie nicht; sie meint dieser Tage, es müsse hinzukommen „die schärfste und rücksichtsloseste Bekämpfung des Unkurzes“, d. h. der Sozialdemokratie.

Möge die Arbeiterschaft Deutschlands aus diesen unseren Erörterungen erkennen, wie sehr ihr eigenes Interesse, die Rücksicht auf ihre bedrohten Rechte und Freiheiten sie darauf hinweist, mit immer stärkerer Energie auf ihren gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß zu gemeinsamem Kampf bedacht zu sein! Sie wird für den reaktionär-bemagogischen Gumburg der obligatorischen Arbeiterkorporation nicht zu haben sein. Der Fortschritt, der Sieg ihrer gerechten Sache liegt in der freien Organisation und Koalition, im selbstständigen Wirken!

Eine Volksseuche und ihre Bekämpfung.

Berlin, 25. Mai.

Gestern ist hier im Reichstagsgebäude ein internationaler Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose eröffnet worden. Auf demselben sind neben wissenschaftlichen Autoritäten und öffentlichen Gewalten auch die Krankenkassen zahlreich vertreten, wie denn überhaupt viele Kreise dem Kongress großes Interesse entgegenbringen. Auch wir zollen den Humanitäts-Motiven, aus welchen die Veranstaltung entsprungen ist, volle Anerkennung. Aber es erscheint uns doch geboten, mit dazu beizutragen, daß nicht zu weit gehende Erwartungen an das Programm des Kongresses geknüpft werden. Seine hauptsächlichste Aufgabe soll sein, die vor einigen Jahren begonnene Bewegung für Errichtung von „Volksheilstätten“ zu fördern. In diesen Anstalten, deren es bekanntlich bereits einige gibt, sollen unheimliche Personen, welche an Tuberkulose, besonders an Lungenschwindsucht, erkrankt sind, Aufnahme und, wenn möglich, Bänderung oder Heilung finden.

Das ist gewiß ein recht löbliche Beginnen, dem jeder human denkende Mensch Erfolg wünschen wird. Jedoch soll man sich hüten, diese Wirksamkeit zu überschätzen.

In der Tuberkulose, besonders in ihrer häufigsten Form, der Lungenschwindsucht, haben wir mit einer über die ganze Kulturwelt ausgebreiteten Volksseuche zu thun. Man darf, ohne der Uebertreibung sich schuldig zu machen, sagen, daß keine andere der vielen Seuchen, von denen die Menschheit im Laufe der Jahre heimgegriffen worden ist, an Umfang, Verheerlichkeit und mörderischer Wirkung ihr dergleichen werden kann. Pest, Cholera, Typhus etc. haben oft Entsetzliches verbreitet und plötzlich fürchterlicher elementarer Gewalt binnen kurzer Zeit Tausende von Menschenleben dahingerafft. Aber alle die Opfer, welche diese Seuchen erfordern haben, reichen nicht entfernt heran an die Verwüstungen, durch welche die Tuberkulose sich charakterisiert. Dieser Würgengel bricht oft plötzlich herein; er kommt nicht, wie Pest, Cholera und Typhus, auf schnellen Schritten und auf den Eisenbahnen gezogen, um einige Zeit zu wüthen und dann wieder zu verschwinden. Still, ohne Schreden vor sich herzusetzen, hat die Tuberkulose aus dem modernen Zivilleben heraus mit unheimlicher Sicherheit sich entwickelt zu einer fürchterlichen Macht, deren Herrschaft nicht zu brechen ist mit den Mitteln, die anderen Seuchen gegenüber sich bewährt haben. Ihre Umschweifungen und ihre Erstreckung als Volkskrankheit fällt zusammen mit der Entwicklung der modernen Gesellschaftsordnung, der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ist eine Folge und Begleiterscheinung des modernen Kampfes um's Dasein, des vom kapitalistischen Ausbeutungssystem erzeugten Massenlebens. Sie ist, auch in früheren Zeiten, nicht Menschen an der Schwindsucht gestorben, aber erst unsere Zeit, mit ihren gerühmten Kulturerrungenschaften, hat diese Krankheit zu einem dauernden Fluch für ganze Volksklassen gemacht. Und zwar sind es gerade die arbeitenden Klassen, die von diesem Fluch betroffen werden. Man nennt die Tuberkulose nicht mit Unrecht Proletarierkrankheit, d. h. eine Krankheit, welche die Bedingungen ihrer Entstehung und ihrer Ausbreitung hauptsächlich in der menschenunwürdigen Lage der Massen des Proletariats findet. Ueberreichliche Ausbeutung der Arbeitskraft bei schlechter Lebenshaltung, ungenügender Ernährung, Bekleidung, Wohnung u. d. V., physische und geistige Degeneration haben die Tuberkulose zur Volksseuche im strengsten und schlimmsten Sinne des Wortes gemacht. Ihr Wirken stellt eine gerade beispiellose permanente Verwüstung der Volkskraft dar. Dargestellt ist der Wissenschaft die Ursache bekannt, daß jeder fliehende Todesfall auf Rechnung der Tuberkulose kommt. Im Deutschen Reich sind von je 1000 Krankheitsfällen im Durchschnitt etwa 40 Lungenschwindsuchtsfälle. In den großen Industriebezirken Rheinlands, Sächsen u. d. d. fallen auf je 1000 Erkrankungen 50 und mehr Schwindsuchtsfälle, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Seuche fast immer, früher oder später, zum Tode führt, was bei allen anderen Krankheiten nicht der Fall ist.

Die große Mehrzahl der Arbeiter vieler Industrien und Gewerbe fällt der Schwindsucht schon im frühen Alter zum Opfer. Bei den Steinmetzen, in der Porzellanfabrikation, der chemischen Industrie, manchem Zweige der Textilindustrie und der Konfektionsbranche, im Bäckereibetriebe u. d. d. ist die Schwindsucht eine wirkliche Berufskrankheit, von der nur verhältnismäßig wenige Arbeiter nicht ergriffen werden. Auch die Baugewerbe stellen ein verheerendes Kontingent zu den Schwindsuchtskandidaten. Die Zahlen der Krankenkassen, der Invaliditätsversicherungs- und der amtlichen Sterblichkeitsstatistiken geben Aufschluß darüber, in welcher fürchterlicher Weise die Tuberkulose wüthet. Und gerade unter denen, ohne deren Kraft und Arbeitsfähigkeit keine Kultur möglich ist!

Während plötzlich auftretende Seuchen, wie die Pest und Cholera, die öffentlichen Gewalten zu internationalen Abwehr- und Unterdrückungsmaßnahmen veranlaßt haben, sind diese Gewalten bis jetzt der Schwindsucht gegenüber gleichgültig, oder

wenigstens unthätig geblieben. Das hat seinen Grund ohne Zweifel in dem Umstande, daß die Ursachen der Tuberkulose als Volksseuche hauptsächlich wirtschaftlicher und sozialer Natur sind. Dieser Seuche kann die medizinische Wissenschaft allein nicht erfolgreich beikommen. Der Arzt kann höchstens die ausgebrochene Krankheit lindern und ihren Verlauf verlangsamen, wenn es sich dabei um unheimliche Menschen, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, handelt.

Uns bedünkt, der Berliner internationale Tuberkulosekongress nimmt die Bekämpfung der Krankheit nicht richtig vor. Seine Tätigkeit läßt die hauptsächlichsten Ursachen derselben, das kapitalistische Ausbeutungssystem, die Noth, das Elend des Proletariats, unberührt. Der Nothwendigkeit, neue Erkrankungen an Tuberkulose zu verhüten, ihrer Ausbreitung ein Ziel zu setzen, wird man mit der Errichtung der eingangs erwähnten „Volksheilstätten“ nicht gerecht. Es mag menschenfreundlich gedacht sein und soll nicht unterlassen werden, armen, an der Schwindsucht erkrankten Proletariaten die Möglichkeit zu gewähren, in solchen Anstalten für einige Monate Aufnahme zu finden. Aber man soll nur nicht glauben machen wollen, daß diese Wohlthat, welche in der wenigsten Fällen zur wirklichen Heilung führen kann, als nennenswerthe Bekämpfung der Tuberkulose zu erachten ist. Die Bekämpfung muß, wenn sie Erfolg haben soll, einsehen bei den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Uebels. Es gilt, den arbeitenden Klassen eine bessere, wahrhaft menschenwürdige Lebenshaltung zu verschaffen. Der Arbeiter und seine Familie müssen der aufreibenden Dual um's tägliche Brod überdauern werden; sie müssen ausreichende Ernährung, gesunde Wohnung, angemessene Erholung und bessere Erziehung haben. Die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft ist nach Möglichkeit zu beschränken bzw. zu verhindern. Der Staat hat einen guten, gründlichen und umfassenden Arbeiterschutz zu gewähren, einen weit besseren, als er bis jetzt gewährt worden ist. Und vernünftigerweise sollten der Staat und seine Gesetzgebung jedes auf die Erringung besserer Lebenshaltung gerichtete Bestreben der Arbeitenden unterstützen.

Da kommen wir auf einen Punkt von ausschlaggebender Wichtigkeit. Nicht solche Unterstützung lassen der Staat und die Gesetzgebung, die herrschenden Klassen und Parteien den Arbeitern zu Theil werden. Im Gegentheil, die „maßgebenden“ politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren verbinden sich in dem Bestreben, den Arbeitern in dem Bestreben, durch Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. d. d. zu einer besseren Lebensstellung zu kommen, Widerstand zu leisten. Diese Faktoren entbilden sich nicht, das Koalitionsrecht der Arbeiter begehren, vernechten zu wollen. Damit dieser nicht im Stande sind, ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen. Dem heiligen Ausbeutungssystem wird die Gesundheit, das Leben ungezählter Millionen geopfert. Und wer dagegen sich auflehnt, ist ein „Verbrecher an der Ordnung“! Das Reichthum für die „unberühmten“ Arbeiter, die bei ehrlicher Arbeit nicht elend zu Grunde gehen wollen!

Ueber diese Thatsachen wird man auf dem Berliner Tuberkulosekongress wohl nicht sprechen. Wir aber sagen: wer die Volksseuche und ihre Ursachen gründlich und erfolgreich bekämpfen will, für den ist der Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und Vernichtungswirtschaft umgänglich wichtiger, als die Errichtung von „Volksheilstätten“, die keine Erbsung vom Uebel bringen können. Das wirkliche Heilmittel heißt: gesunde, gerechte, gründliche und umfassende Sozialpolitik. Die Lösung der Frage der Tuberkulose-Bekämpfung liegt in erster Linie auf sozialwirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet; sie ist eine Frage nicht nur nach der Lebenshaltung, sondern auch nach dem Recht und der Freiheit der arbeitenden Klassen. Man freche, man entrechte die Arbeiter: man nehme ihnen die Freiheit, für eine bessere Existenz zu kämpfen; man überantworte sie der Ausbeuterwillkür und die Volksseuche wird weiter ungeheure Fortschritte machen, bis das Volkswohl völlig betwählet ist.

Hundman.

* Für die Mappe des Grafen Wosadowitz. Aus Sameln wird uns berichtet: Anfangs Mai fand hier eine Versammlung statt, in der ein Maurer unter Anderem auch die Ungültigkeit der Wuden und Worte bemängelte. Darob war ihm der Vorherr des Maurers sehr erzürnt. Er glaubte, in väterlicher Fürsorge Alles gethan zu haben, was zum Wohle „seiner“ Arbeiter diene, und nun mußte er zu seinem Leidwesen erfahren, daß all sein Mühen und Sorgen dergestalt war. In gerechter Entrüstung erklärte er denn auch an anderen Tagen dem „Aufstörer“, wenn es ihm auf seinem Bau nicht gefalle, könne er „gehen“. Dies that nun auch der so Beschuldigte. Er suchte sich andere Arbeit und fand sie. Doch nicht lange sollte sich unter Kollegen der neuer Arbeit erfreuen. Auf Betreiben seines ersten Meisters wurde er wegen seiner „Freiheit“, mit der er die „Wohlfahrtsanstalten“ der Meister trüffelt hatte,

nach an demselben Tage wieder entlassen. — Mer einen Deutschen; er sei, wer er wolle, an freiwillig übernommener Arbeit hindert, der „wo“ so ähnlich klang es ja wohl in Deynhausen. Also der mit der Buchhausbörse, Herr Graf, wir würden sie nicht.

* Vorrecht bei Verhängung von Sperren. In Hieslohn wurde über die Bauten des Unternehmers Dinkhof die Sperre verhängt. Der Bevollmächtigte des Maurerverbandes in Hieslohn erstlich in einer vorläufigen Sitzung eine diesbezügliche Bekanntmachung, worin er an Schluß sagte:

Das Auffällige bei der Sache ist, daß gerade die Arbeiter, die jetzt auf der Alexanderhöhe beschäftigt werden, des Schützenvereins „Lagodon“ sind. Wir können nicht feststellen, ob Dinkhof im Interesse des Schützenvereins die Lohnzahlung macht oder ob derselbe glaubt, er sei mit seinem Accord nicht ausgekommen und wolle es jetzt an den nothleidenden, den D. beschuldigten arbeitenden Maurern herausfordern. Wir bitten vom Schützenvorstand Auskunft in diesem Sinne.

Diese Ausführungen wurden unter Anklage gestellt und der Bevollmächtigte zu M. 200 Geldstrafe verurteilt. Der Vertreter des Klägers hatte nur M. 50 beantragt. In der Verhandlung führte der Vorsitzende des Gerichtes aus, daß schon seitlich aus der Form des Artikels die Absicht der Verhängung herborstehe. Der § 188, den der Bevollmächtigte des Maurerverbandes für sich haben in Anspruch nehmen wollen, sei ihm nicht zugubilligen gewesen. Etwas Klarstellungen habe er auf anderen Wegen erreichen können. Der ganze Artikel lasse nur zu deutlich erkennen, daß es Absicht gewesen, den D. beschuldigten und ihn seinen Arbeiten gegenüber habe verächtlich machen wollen, sowie diese gegen D. aufzugehen. Es habe daher auf eine exemplarische Strafe erkannt werden müssen.

* Eine von der Regierung anerkannte „Arbeiterorganisation“. Nach der Meldung eines Berliner Berichtserstatters soll auf Verlangen des Ministers v. B. Rede bei der Vergebung fiskalischer Arbeiten in die Verträge mit den Bauunternehmern folgende Streik Klausel aufgenommen werden: „Arbeitsausstände gelten nicht als höhere Gewalt und begründen kein Recht auf Fristverlängerung oder Preiserschöpfung. Anträge auf Fristverlängerung können nur in ganz ausnahmsweisen Fällen in Berücksichtigung gezogen werden und unterliegen der Genehmigung der oberen Behörde, haben aber von vornherein keine Aussicht auf Erfolg, wenn nicht von dem Unternehmer glaubwürdig nachgewiesen wird, daß der „Gewerkschaftliche Verein der Maurer Berlins“ außer Stande war, dem Unternehmer Hilfe zu leisten. Mehrere Bedingungen werden indeß auch bei Inanspruchnahme des genannten Vereins nicht gewährt.“

Der gewerkschaftliche Verein der Maurer ist jene schon „rühmlich“ bekannte Streikvereinsorganisation, die hier die Ehre ministerieller Anerkennung genießt. Also doch eine „Arbeiterorganisation“, die sich staatlicher Sanction erfreut. Mehr kann man von Herrn v. B. Rede nicht verlangen, besonders, wenn man sich die ausserordentliche Organisation nahe ansieht. Aber dieser sozialpolitische Fortschritt des Ministeriums wird von den Unternehmern höchst unangenehm bemerkt und obwohl anerkennend die gute Förderung, die ihre Sache Herr v. B. Rede angedeihen ließ, wollen sie nun eingebend der schwachen Hilfe durch die Streikbrecher doch gegen ihn demontieren.

* Ein recht strenger Herr ist der Obermeister der Baugewerkschaft in Berlin a. M., Herr Blum. Derselbe läßt seinen Leuten den Lohn, dem Gesetz entgegen, in Wirtschaften ausgeben. Als nun ein Verbandskollege sich erkundigte, was in einer Mitgliedsversammlung mitzubekommen wurde, besetzte zusammen mit noch einem unbedingtesten Verbandskollegen entlassen. — Und solche Herren heißen der Herr v. B. Rede und Gesandten der Arbeiter, die diesen Herren, welche solch selbstverständliche Gesetzesverstöße nicht erfüllen.

* Ein Degan für Streikbrecher ist in Berlin begründet worden. Die beschriebenen in Deutschland bestehenden Verbände von Metallindustriellen, welche mit ihren Ausprägungen, schwarzen Listen, Unterdrückung von Lohnbewegungen u. d. d. glücklicherweise verdrängt haben, daß die Metallindustrie wohl das gefährlichste Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufweist, haben ein neues Mittel erdacht, um bei den unaussprechlichen Zwistigkeiten, die sie mit ihren Arbeitern haben, sich Arbeiter zu verschaffen, die ihre Kameraden in den Händen fallen. Allzuoftlich an jedem Mittwoch sollen die freigeordneten Stellen öffentlich ausgeschrieben und in einem Blatte zusammengestellt werden, das in allen Zusammenkunftsorten und Logierhäusern der Arbeiter aller Branchen in ganz Deutschland, auch in Arbeiterkolonien u. d. d. gratis ausliegen wird. An die Arbeitnehmenden werden Rundbriefe verschickt, mit der Aufforderung, sich in dem Blatte zu inserieren. Das Blatt führt den treffenden Titel: „Der industrielle Arbeitsmarkt. Einzelgehalt zur Förderung des Arbeitsnachweises“. Es vertritt seinen Ursprung dadurch, daß die Arbeitnehmenden, die sich in der ersten Nummer inserieren, sämtlich aus der Metallindustrie sind, obenan die durch ihre schwarzen Listen am meisten verächtlichen.

* Im „Königreich Stumm“ giebt es ein Koalitionsrecht für Arbeiter nicht. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgenden Bericht:

Neuntischen, das Herrschaftsgebiet des Herrn v. Stumm, war vor einiger Zeit von der Gewerkschaft der Maurer in große Aufregung gebracht. Der Verband der Maurer hatte hier am 16. April eine Versammlung arrangirt, die überaus gut besucht war, und was weit schlimmer, die zu 160 Versammlungsbesucher spendeten dem Meierischen Steter sehr schöne Zustimmung.

Da Niemand in der Versammlung gegen die gefährliche Theorie des Meierentens das Wort ergriß, so konnte Neuntischen leicht in den bösen Ruf sozialdemokratischer Bestimmung kommen. Diese Gefahr rechtzeitig erkannt zu haben, ist das Verdienst des Bürgermeisters, der kurz entschlossen in die Debatte eintritt, um seine Gemeinde vor dem sozialdemokratischen „Geber“ zu warnen. In wehmüthiger Stimmung auf das Wohl seiner Gemeinde bedacht, findet er gegen die mit der neuer Arbeiterordnung unzuliebenden Arbeiter Worte der Verhöhnung. Der Bürgermeister muß zugeben, daß die Arbeiterordnung ungesetzliche Bestimmungen enthält, die ausgenommen werden müssen, aber die Arbeiter sollen sich nur vertrauensvoll an die Unternehmer wenden.

Jedoch die guten Ermahnungen fielen auf unfruchtbaren Boden, denn trotz der Rede des Herrn Bürgermeisters wurde eine Kommission gewählt, die dem Unternehmer die Forderung unterbreiten sollte, den Minimallohn auf 42 S zu erhöhen, sowie die Arbeitszeit von 6-7 Uhr festzusetzen. Dieser ist der Beginn der Arbeit um 5 Uhr.

Die beiden Blätter in Neumünster waren einst über...

Sofort erließen eine Bekanntmachung, des Bau- und...

Trotzdem erschienen in der Versammlung am 18. April...

Bei dem Reichs-Johann Gerckenant am oberen Markt...

Damit ist vorläufig die Gefahr, die drohend über Neumünster...

Aus dem Reichstage.

Der vom Reichstag und dem Führern des Zentrums, der...

Verwaltung der Arbeitsnachweise keinerlei...

Die im Reichstage durch Abgeordnete verschiedener...

Andere Beilagen werden sich gegen die in der Gewerbeordnung...

Baugewerbliches.

* Fährlichkeit der Bauarbeit. Berlin. Auf dem...

Wochenu. (Fig. Ver.) Mit welchem Beschäftigung das Leben...

Dresden. An einem Neubau an der Wildstrüßlerstraße...

* In a. M. (Fig. Ver.) Am Kanalbau in Ebersdorf...

Koller und der Bauherr S. Greberath sind verhaftet worden...

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Ausgesperrt sind die Verbandskollegen in Pyritz...

In Streit befinden sich die Maurer in Augsburg, Dresden, Bremerhaven, Reisking...

Gerren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer...

Zuzug ist weiterhin fern zu halten von Ludwigshafen, Darmstadt, Meissen, Schwiebus...

Warnung!

In Sachen kreist ein lästiger Agent, Marks, sein...

Aus Subwohlfachen wird uns geschrieben, daß der Streik...

In St. Johann sind die Differenzen mit dem Unternehmer...

Verendet wurde der Streik auch in Oden; am Montag...

Gleichfalls beendet wurden die Streiks in Weiten und...

Vorläufig beigelegt wurde der Streit in Lambach. Die Unternehmer, bis auf einen, erklärten sich bereit, 2 1/2 pro Stunde zuzulegen. Der eine Unternehmer, der noch keinen Maurer in Arbeit hat, soll durch Sperre zur Bezahlung der Zulage veranlaßt werden.

In Gelnhausen mußte der Streit beendet werden, da Aussicht auf Erfolg nicht mehr zu erhoffen war. Wahrscheinlich werden sämtliche Streitende in den nächsten Tagen in Arbeit kommen; der Lohn von 28 A., den die Unternehmer anfänglich geboten haben, dürfte allgemein gezahlt werden.

In Wolfenbüttel trafen die Kollegen am 25. Mai in den Streit. Nachdem die Unternehmer 3 A. Lohnzulage pro Stunde bewilligten, wurde die Arbeit am 29. Mai wieder aufgenommen. Es wäre auch wohl nicht zur allgemeinen Arbeitsniederlegung gekommen, wenn nicht einige Unternehmer zu Gunsten der Firma Brandes & Gebde ihre Gesellen ausgespart hätten.

In Wesseln (Wart) sind nur noch zwei Streitende am Orte; die große Mehrzahl ist abgereist und zehn Streifbrotzer sind zu bezeichnen.

In Rechenitz bauert der Streit unverändert fort. In einer vom Bürgermeister veranstalteten Sitzung der Lohnkommission hat der Unternehmer erklärt, letztere sei bereit, bei 10tägiger Arbeitszeit 28 A. Stundenlohn zu zahlen und für das nächste Jahr 25 A. Eine Vereinbarung scheiterte aber daran, daß die Unternehmer sich nicht herbeilassen wollten, den auf dem Lande wohnenden Maurern zu verkraften, daß sie auf Kosten der Unternehmer des Montags Morgens 1-2 Stunden später mit der Arbeit beginnen dürften. Es ist dies früher Gebrauch gewesen und die in Betracht kommenden Kollegen wollten diese alten Rechte nicht preisgeben. Da sich die Unternehmer auf weitere Zugeständnisse nicht einlassen wollten, beschloßen unsere Kollegen, mit 67 gegen 10 Stimmen, den Streit fortzusetzen.

Der Streit in Röhren dürfte bald zu Gunsten der Kollegen beendet sein. Die Arbeit wird bringen. Im Streit befinden sich noch 10 Kollegen, 78 arbeiten zu den neuen Bedingungen; diesen stehen 88 Streifbrotzer gegenüber.

Aus Lützen ist eine Veränderung der Streitlage nicht zu berichten. Die Arbeit läuft sich auch hier immer mehr, so daß die Bewilligung der Unternehmer nicht mehr lange ausbleiben kann.

In Weiskensfeld sind in der vergangenen Woche wiederum 49 Italiener angekommen, so daß die Gesamtzahl 80 beträgt. Die Weiskensfelder Maurer verlassen in großen Scharen die Stadt, um sich anderwärts Arbeit zu suchen. Die Unternehmer haben sich verpflichtet, gegen Unterlegung von Bürgschaften auf 500 lauter, innerhalb der Wochen keine Lohnherabsetzung zu bewilligen. Ein Unternehmer hat versaut lassen, daß sie jetzt doppelt und dreifach hinauswerfen müßten, was die Weiskensfelder forderten. Mancher wird froh sein, wenn die vier Wochen verstrichen sind. Die Weiskensfelder Kollegen haben, obwohl kein Einziger die Forderung bewilligt erhalten hat, keineswegs den Mut verloren, sondern werden weiter kämpfen für den Sieg.

In Egeln hat sich der Stand des Streiks etwas zu Gunsten der Kollegen geändert. Es haben nun 2 Unternehmer bewilligt; 11 weitere Kollegen sind in der vergangenen Woche abgereist, so daß noch 20 Streikende am Orte verblieben. Leider sind auch 34 Streifbrotzer zu bezeichnen. Da jedoch auch hier die Fertigstellung der Arbeit immer näherwiegend wird, dürfte der baldige Sieg der Streikenden nicht ausbleiben.

In Gommern hatten wir in der verfloßenen Woche noch rund 800 Streitende (Steinbrucharbeiter). Am 24. und 25. Mai kamen 48 Gallier an, dieselben trauen sich jedoch nicht an die Arbeit heran, die großen Steinbrüche sind sie in ihrer Heimat nicht gewohnt. Die Unternehmer wollen auch nicht den Bedingungen Lohn von 50 und 60 A. pro Stunde zahlen, sondern bieten den Galliern jetzt nur 27 A. Als sie sich weigerten, die Arbeit aufzunehmen, wurden sie in der Kaserne 1 1/2 Tage gefangen gehalten; sie konnten nicht die geringste Nahrung zu sich nehmen. Als es ihnen gelang, die Kaserne zu verlassen, erschienen sie bei den Streikenden, um diesen ihre Noth zu klagen.

Ein Gewaltstreik gegen die Streikenden wurde am Donnerstag Nachmittag verübt: Der Kassirer unserer Zahi-stelle, bei der 800 Streikenden als Mitglieder angehören, wurde verhaftet. Der Kassirer, Maurer Gärtner, stand vor der Thür des Verbandlokals, als ein Gendarm in Begleitung des Bürgermeisters und des Steinbrucharbeiters Louis Schröder an ihn herantrat mit den Worten: „Im Namen des Gesetzes! Sie sind verhaftet!“ Als Gärtner seine Kopfbedeckung aus dem Lokale holen wollte, verwehrte er das Geld, welches er bei sich trug, abzugeben, wurde aber daran von Gendarmen verhindert. Die Gründe der Verhaftung sind völlig unbekannt. Gärtner ist ein äußerst ruhiger, objektiver und urtheilender Mensch. Diese Verhaftung hat in den Kreisen der Arbeiter große Erbitterung hervorgerufen, wird dem Streit jedoch nicht im Geringsten Abbruch thun.

Die stuppelose Parteinehme der Behörden für das Unternehmertum zeigte sich auch bei dem Streit in Gommern in ihrer ganzen Naechtheit. Um die dortige Organisation haben sich namentlich die Steiniger Mühsen und Schent verdient gemacht. Diese wurden nun, obwohl sie mit dem Streit direkt nichts zu thun hatten, gemögert, auf Veranlassung des Landrats H. und des Baurats H. Ziemmer. Nachstehendes Schreiben giebt darüber Aufschluß:

Preßien, 20. Mai 1899.

Behaure sehr Euch Mühen zu müssen als Adoral und Schent das ich auch beiden sehr sofort aus der Arbeit entlassen laut Verfügung von Bau Rath Ziemmer und durch das Land Rath H. unter der Bedingung, das mich sofort familiäre Arbeit wird abgenommen 1. Kreisarbeit 2. Provinzialarbeit und 3. das ich die Arbeit in der Stadt Gommern mit der Bedingung erhalte auch nicht beschäftigen zu dürfen ihu mir sehr leid, kann aber nicht dabei ändern, denn ohne Arbeit kann ich auch nicht bestehen. W. Meersch.

Landratsamt und Bau Rath; die Behörden greifen zu Gunsten der Unternehmer rücksichtslos in die Lohnkämpfe der Arbeiter ein. Mit welchem Rechte?

Nach Wankendorf sind die angeknüpften 100 Gallier noch nicht gekommen; 120 Wöhnen, die labirirt wurden, sind gleichfalls nicht eingetroffen. Das Ende des Streiks ist trotzdem nicht absehbar. Obwohl die Unternehmer erst 21 Streifbrotzer in Arbeit haben, thun sie recht hochmüthig; sie gestatteten den Streikenden sogar, bis zum 29. Mai die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

In Schöningen arbeiten 24 Streifbrotzer, zu den neuen Bedingungen keiner. 19 Streikende sind am Orte; vor dem Streit waren 118 Kollegen beschäftigt.

Der Streit in Torgelow wird bald zu Gunsten der Kollegen beendet sein. Nur der Unternehmer Binsch hat noch nicht bewilligt. Derselbe beschäftigt augenblicklich 10 Streifbrotzer und 8 Knechte; sonst hatte er immer Arbeit für 70 bis 80 Gesellen.

Aus Sonnenburg (Münster) wird über die Sperre beim Unternehmer Aug. Streblow berichtet: Derselbe hatte sich vier Soldaten vom hiesigen Juchauskommando besorgt und gedachte mit diesen die dringlichsten Arbeiten fertig zu machen. Als aber einige Maurer beim Kommando vorstellig wurden, mußten die Soldaten, nachdem sie einen halben Tag gearbeitet hatten, wieder aufhören. Jedemfalls hat der Unternehmer bei dem Geschäft nicht viel verdient, denn er hat für jeden Soldaten neues Handwerkzeug und Pantinen gekauft, welche letztere nun für ihn wohl das ganze Jahr reizen werden. Auch an den Unternehmern, welche unsere Forderung bewilligt haben, suchen sie die Herren zu rächen. So haben sie ein Schreiben an den Kurator des Johanniter Krankenhauses gerichtet, in dem sie den Unternehmer Dohberke, welcher beschäftigt die Arbeiten im Schlosse, und dieses Jahr wieder einen großen Neubau am Krankenhaus hat, beschuldigen, derselbe beschäftige lauter Sozialdemokraten. Auch unser Bürgermeister ist so gnädig gewesen und hat das Schreiben befragt: Wir wollen nun sehen, was der Kurator, ein Herr von Waldow, zugleich auch Reichstagsabgeordneter für den hiesigen Kreis, zu der Sache sagen wird. Jedemfalls werden unsere Kollegen um so feste zusammenzufassen, und dafür sorgen, daß uns von Dem, wofür wir schon zweimal in den Streit eingetreten sind, auch nicht ein Jota entrisen wird.

Der Streit in Stralsund steht sehr günstig, nur 16 Streifbrotzer sind in Arbeit; 39 Streitende waren in der verfloßenen Woche am Orte. Die Zimmerer stehen gleichfalls im Streit.

In Bergen a. Rh. waren noch zehn freilebende Kollegen ortsunfähig; 48 arbeiten zu den neuen Bedingungen, während sich 36 Streifbrotzer, darunter 24 Italiener, angesammelt haben. In den Wärdereien wird die Bauarbeit bald unterbrochen werden und dürfen dann wohl die Italiener von der Insel verschwinden müssen.

In den Unterwesertoren Bremerhaven-See-Gesamtheit hat sich eine Veränderung in der Streitlage nicht bemerkbar gemacht. Bezug war nicht bemerkbar; die Streikenden haben die Streikorte bis auf 97 verlassen. Die Unternehmer waren eifrig bemüht, die in der Umgegend in Arbeit gekommenen Streikenden wieder aus der Arbeit zu bringen, sie hatten aber keinen Erfolg. Die Unternehmer in den kleineren Orten sind froh, daß sie eine Zeit lang geübte Gesellen zur Hand haben. Jetzt wird versucht, den Unternehmern, die die Forderungen der Gesellen bewilligt haben, das Material zu entziehen, was auch in einigen Fällen gelungen ist. In den Kreisen der Streikenden wird angenommen, daß die Unternehmer auf dem letzten Nothwehr stehen und daß sie geneigt sind, Unterhandlungen anzubahnen.

In Speyer entspannen sich Differenzen mit einem Unternehmer aus Landau, der in Speyer den Postneubau aufzuführen hat.

Die Kollegen in Eberfeld beschloßen, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Es handelt sich hauptsächlich um die 10tägige Arbeitszeit und 45 A. Stundenlohn.

Die Kollegen in Seilsborn fordern einen Normallohn von 43 A. (der Mindestlohn soll 36 A. betragen) und achttägige Lohnzahlung. Der Unternehmerwidrigen Fikale des Zentralverbandes, hat geantwortet, daß k r a t u n g e m ä ß festgesetzt sei, daß auf die Forderung nicht eingegangen werden könne.

In Osnabrück a. W. wurden laut Telegramm mehrere Kollegen, die in der Organisation Vertrauensstellen bekleiden, aus Speyer.

Die Kollegen von Darmstadt haben ihr Arbeitsverhältnis gekündigt und werden wahrscheinlich am 10. Juni in den Streit eintreten.

In Augsburg, wo circa 800 Kollegen in den Streit getreten sind, waren in der verfloßenen Woche etwa 800 abgereist. Streifbrotzer sind 125 Mann zu bezeichnen. Die Unternehmer versuchen liberal Arbeitswillige heranzuziehen. Selbstverständlich ist dafür gesorgt, die Arbeitswilligen, wenn sie ankommen, auf den Bahnhöfen unter polizeilichem Schutz zu stellen, damit kein Streikender mit ihnen sprechen kann. Am Montag stiegen sechs Arbeitswillige in Oberhausen auf, sie wurden dort in Empfang genommen von zwei Gehilfenpolizisten und zwei Gendarmen, trotzdem gelang es den Streikposten, die Arbeitswilligen zu sich zu ziehen; am Dienstag früh trat der nämliche Fall in Augsburg am Bahnhof ein. Die Polizeibehörde besetzt fast jeden Bau und alle Straßen, wo die Streikposten stehen, um sie zu hindern, daß sie mit den Arbeitswilligen in Verbindung kommen. Einige von den Streikposten wurden nothig, ohne daß sie sich etwas zu schämen konnten ließen. Der Bedoimachtigte unserer Zahi-stelle, Wehringer, wurde am 23. Mai, Abends, verhaftet und am anderen Morgen bereits zu 1 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate und sofortige Inhaftnahme beantragt. Dies wäre so recht nach den Herzen der Unternehmer gewesen; lieber wäre es ihnen natürlich noch, wenn gleich 50 solche „Nabelstücker“ hinter die „schwebelichen Gardinen“ gesteckt würden. Wehringer soll sich gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung begangen haben, als er ein „arbeitswilliges“ Verbandsmitglied auf den Streit aufmerksam machte. Dieser Aushöcker wurde frech und schimpfte von ... leuten, worauf W. hinter dem frechen Patron ausgehien hat. Der Demuzant behauptet, W. hätte ihm in's Gesicht gespuht, was er wahrlich verdient hätte. Zeugen behaupten jedoch das Gegenteil. W. wurde trotzdem, gegen alle Regeln der Rechtsprechung, zu 1 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Die Dreiecker werden, wenn dies Blatt in die Hände der Leser kommt, im Streit stehen. Am 26. Mai waren circa 2000 Maurer verjammelt, um die Stellungnahme zur Lohnfrage zu beraten und zu beschließen. Kollege Horier hatte das einleitende Referat übernommen und führte in sehr fesselnder Weise die Entwicklung und die Lohnkämpfe der Organisation in den letzten Jahren vor Augen. Ferner gedachte er der im Vorjahre mit der Innung kattengebundenen Unterhandlungen, bei welchen von Seiten der Meister das Verprechen gegeben wurde, in diesem Jahre 50 A. Lohn zahlen zu wollen. Aber statt dieser Erhöhung kam eine Lohnreduzierung. Es sei nun zu untersuchen, ob es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, ob wir in der Lage sind, unsere Forderungen energisch zu vertreten und zur Durchföhrung zu bringen. Die in den letzten Tagen aufgenommenen Statistiken ergiebt, daß zur Zeit auf 347 Bauten 8302 Maurer beschäftigt sind, und zwar ist man bei 30 Bauten beim Ausschlagen, bei 64 im Grund, bei 30 bis

zum Parterre, bei 24 bis zur ersten Etage, bei 17 bis zur zweiten Etage, bei 5 bis zur dritten Etage, bei 4 bis zur vierten Etage, bei 108 beim Ausbau (inkl. Putz), außerdem sind 52 Umbauten vorhanden. Die Höhe der Maurer gestalten sich folgendermaßen: 1 erstel 26 A., 7 40 A., 11 42 A., 91 43 A., 1707 44 A., 1526 45 A., 93 46 A., 8 47 A., 28 48 A. und 50 A. Im Afford mausern 123 Kollegen. Zum Schluß ging Horier noch auf die allgemeine Lage in Sachsen, Wöhrmen und Schlesien ein und kommt zu dem Resultat, daß wir auch von diesen Gegenden mit Bezug auf die Rechnung haben, da überall genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und infolgedessen jetzt die Lage am Orte die günstigste ist, eine Lohnherabsetzung durchzusetzen. Der fürmliche Beschl. bewies, daß der Redner im Sinne sämtlicher Kollegen gesprochen hatte.

Gefordert wird: 50 A. Minimallohn. Für Ueberstunden einen Zuschlag von 10 A. für Nacht- und Sonntagsarbeit einen solchen von 20 A. und bei Wasserarbeiten 30 A. Zuschlag pro Stunde. Als Ueberstunden gilt die Zeit von 5-6 Uhr Morgens und 6-8 Uhr Abends. Die Lohnzahlungen haben jeden Sonnabend sofort nach Feierabend auf der Baustelle zu erfolgen. Weiter wird gefordert: mit Fußboden und verschleißbarer Thür beschriebene Bauten; im Winter müssen dieselben heizbar sein. Damit bei Unglücksfällen das nöthige Verbandsgeld sofort zur Stelle ist, müssen in der Baubüro Verbandskassen für jeden zugänglich vorhanden sein. Wasserrechte, mit Thür oder Schuttwand beschriebene und der stilligen Anforderungen entsprechende Worte. Die Affordarbeit beim Mauern und Wöhrmen ist abzuschaffen. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme. Ebenfalls ein Antrag: Fort: Die angeklagten Forderungen sind der Innung und sämtlichen Unternehmern morgen zu unterbreiten; bis Dienstag, 30. Mai, müssen die Antworten der Unternehmer eingegangen sein, damit die am Dienstag Abend stattfindende Versammlung endgültige Beschlüsse fassen kann.

In Wahrenmünde legten am 25. Mai sämtliche Maurer und Zimmerer der Firma Bachmann die Arbeit nieder, weil der Unternehmer den ortsüblichen Lohn von 43 A. nicht zahlen wollte. Nach zwei Stunden war Herr Bachmann zu der Erkenntniß gekommen, daß es besser sei, den Lohn zu bewilligen, als es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Ebenso unglücklich für A. verlief der Versuch, einen Zimmermann am Tage nach der Arbeitsstellung zu machregeln. Wieder kanden die gesamten Gesellen einmüthig: Alle für Einen! Aus der Maßregelung wurde nichts. Es gilt also doch noch das alte Sprichwort: Einigkeit macht stark!

In Mainz wurde über die Bauten des Unternehmers Hornlechner die Sperre verhängt. Auf einem seiner Bauten entlich S. die Maurer, um einen Druck auf die streikenden Zimmerer auszuüben, obwohl die Maurer hätten noch vier Wochen weiter arbeiten können, ohne daß Zimmerarbeit notwendig gewesen wäre. Als das Vorgehen Hornlechners bekannt wurde, legten auf seinen sämtlichen Bauten die Maurer die Arbeit nieder.

Stukkaturen.

Die Sperre ist verhängt über die Firma Daulsch & Häuser in Dresden, Krug, Dehrens, Ernst Dreuer, Wertenx, Rajner und Feder in Düsselborf, Gottlob Wiesel in Pforzheim (von letzterem Orte ist Bezug fern zu halten, da der Geschäftsgang dort ein flauer ist). Bezug ist weiter fern zu halten von Münster i. W., Dresden, Leipzig und Berlin.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Wie die Kollegen durch Verträge aus dem „Grundstein“ bereits erfahren, befinden sich die Stukkaturen von Dresden vor dem Streit. Wir müßten uns deshalb verpflichtet, durch nachfolgenden Bericht ein Bild von dem Gang und der Entwicklung unserer Lohnbewegung zu geben. Am 14. Mai 1897 wurde nach 14 tägigen Streit zwischen den Arbeitgebern und Gesellen ein Tarif unterzeichnet, der bis zum 1. Mai 1899 gültig war. Bereits am 19. Februar trat die Lohnkommission der Gesellen an die Stukkaturen und Wöhrmaier 16 angeschlossen, mit einem Schreiben heran, in welchem sie an die Innung das Ersuchen stellte, wegen der Revision resp. Verlängerung des bisher gültigen Tariffs in Unterhandlungen zu treten. Am 20. April traf bei der Lohnkommission eine diesbezügliche Antwort und vier Tage später ein von der Innung ausgearbeiteter Tarif ein, welcher von einer öffentlichen Stukkaturenversammlung als nicht annehmbar bezeichnet und mit dem Ersuchen zurückgeandt wurde, eine gemeinschaftliche Sitzung zwischen den beiderseitigen Kommissionen stattfinden zu lassen. Diese Sitzung haben stattgefunden und zwar, bei, die letzte am 24. Mai. Die Innung beharrte in dieser letzten Sitzung noch auf der Forderung des neuen Tariffs auf zu vier Jahre, bis zum 31. Dezember 1902, ferner auf die Nichtbezahlung des Ueberstundenzuschlags für Werkstattdarbeiter, welcher nach dem bisherigen Tarif pro Stunde 10 A. betrug und auf einigen Punkten, mit welchen sich die Bauarbeiter nicht einverstanden erklären konnten. In den im Winter stattgefundenen Verhandlungen der Gesellen wurden an den bisherigen Preisgeringe Verbesserungen beschloßen. Nachdem man aber von der Absicht der Innung, eine Revision eintreten zu lassen, erfahren und die Stimmung aller Kollegen in Erwidung gezogen wurde beschloßen, das Hauptgewicht auf die Verlängerung des bisher gültigen Tariffs zu legen. Die einzige Forderung ist die Erhöhung des Minimallohnes der Werkstattdarbeiter, welcher für die drei Kategorien bisher 40, 45 und 50 A. betrug, auf 45, 50 und 55 A. Auch diese Forderung ist von der Innung abgelehnt worden, trotzdem schon einige Gesellen diesen Lohnsatz zahlen. Eine weitere Erhöhung auch einiger anderer Verbesserungsbedürftiger Arbeiten wird von der Gesellenchaft nicht verlangt. Von unserer Seite ist also Alles getan, um einen Streit zu vermeiden. Wir werden die Kollegen von dem Gang unserer Bewegung weiter schnellstens unterrichten. Die Kündigung ist von den Kollegen am 20. Mai eingereicht worden und wird der Streit am 3. Juni seinen Anfang nehmen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, vorläufig für Dresden keine Arbeit anzunehmen. Zukünftig sind an Gustav Saalbach, Dresden, Galeriesstraße 15, Gasthaus zur Wöhrküche, zu richten.

Zum Schlusse erläuterte Kollege Merkel noch das Verhalten der Organisation deutscher Baugewerksmeister gegen Lohnforderungen der Arbeiter und den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation; sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Ermägung, daß den in Nürnberg arbeitenden Mauern und Steinhauern von Seiten der Organisations der deutschen Baugewerksmeister nicht zum Vorwurfe gemacht werden kann, sie hätten einen eventuellen Streik provoziert oder vom Baume gebrochen, beschließen die heute zahlreich im Saale des „Café Merz“ versammelten Maurer und Steinhauer, an die Meister nochmals eine Zuschrift folgenden Inhalts zu senden:

In einem Schreiben vom 14. April d. J. hatten wir die Ehre, Ihnen einige Wünsche der hiesigen Maurer und Steinhauer bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu übermitteln. Wir ersuchen Sie, uns bis zum 16. Mai d. J. Antwort zukommen zu lassen, die wir leider noch nicht erhalten haben. Da am 24. Mai d. J. eine weitere Versammlung unserer Auftragsgeber stattfindet, die sich mit der Stellung der Arbeitgeber zu den ausgesprochenen Wünschen nochmals beschäftigen wird, so ersuchen wir Sie wiederholt um Mitteilung, ob Sie geneigt sind, die gewünschten Wünsche vom 1. Juni d. J. an zu erfüllen oder mit uns zu unterhandeln gedenken.

Vorschlagsvollst. Die Lohnkommission.

Ferner war man der Ansicht, daß der Baumeister Frisch sich auch nicht an seiner Ehre vergewen hätte, trotzdem er Mitglied der Innung ist, wenn er der Lohnkommission geantwortet hätte. Man war überhaupt der Meinung, daß doch jeder halbwegs anständige Mensch auf ein in so hohem Maße abgefaßtes Schriftstück, wie es unsere Wünsche waren, auch antworten sollte, und daß man dieses auch von hiesigen Baumeistern erwarten kann.

In Ostach tagte am 18. Mai eine öffentliche Maurerverammlung, welche den Zweck hatte, die Kollegen der Organisation zuzuführen. Vortragend Kollege Bayer aus Leipzig, der als Referent amtierte, war, sich alle erdenkliche Mühe gab, den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation auszuweisen und trotzdem Kollege Schäbler und noch ein anderer Redner auf die argen Mißstände auf den Bauten hinzuweisen, die nur durch vereintes Zusammengehen der Kollegen beseitigt werden können — trotzdem blieb die Versammlung theilnahmslos. Wie notwendig eine Organisation wäre, geht wohl am besten daraus hervor, daß die Kollegen noch oft Stunden arbeiten müssen, für einen Lohn von 80 A. Das schlagende „Zwiel“ zeigte sich in dieser Versammlung wieder einmal in herrlicher Pracht. Obgleich die Tagesordnung rein gewerkschaftlicher Natur war, mußte der Vorsitzende doch auf Veranstaltung des überwachenden Beamten die Mitglieder aus dem Saal weisen.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung hielt die Hofstraße-Mitglieder am 16. Mai im Apollo-Theater ab. Im ersten Punkte der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal, diese wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Hofstraße hat zur Zeit 889 Mitglieder. Im zweiten Punkte wurde das Unterhaltungsweisen frölicher, hübschbedürftiger Kollegen geregelt. Da die bisherige Sammlung zum freiwilligen Unterhaltungsfonds durch Listen gesandt, viele derselben verloren gegangen und deshalb keine genaue Kontrolle geführt werden konnte, stellte Kollege Krause den Antrag, die Sammlung durch Marken zu bewerkstelligen, wodurch voraussichtlich ein größerer Fonds erzielt würde und deshalb auch mehrere fröhliche Kollegen unterstellt werden könnten. Der Antrag wurde angenommen. In „Gewerkschaftliches“ wurde von mehreren Kollegen die Ansicht ausgesprochen, daß die Berliner Lohnkommission mindestens in der nächsten Versammlung einen Situationsbericht bringen müsse; die Versammlung war derselben Meinung. Beschlossen wurde noch, am 12. August unser diesjähriges Stiftungsfest abzuhalten und zwar im Apollo-Theater, zu welchem zugleich ein Festkommitee, bestehend aus fünf Kollegen, gewählt wurde.

In Saarau wurde in der Mitgliederversammlung vom 7. Mai beschloffen, daß die Werbungsbeiträge nicht mehr in der Wohnung des Kassierers, sondern nur in der Versammlungslokal entgegen genommen werden.

Am Dienstag, den 16. Mai, fand in Wilmshelmshaven eine Mitgliederversammlung statt. Im ersten Punkte wird der Antrag gestellt, daß vom 1. Juni ab pro Woche 25 A zu zahlen sind, den Streifenbeitrag ab 20 A herabzusetzen. Nachdem mehrere Kollegen darauf hingewiesen, daß eine Beitragsherabsetzung für den Streifenfonds einer Verringerung der Leistungen gleichkomme, beschloß die Versammlung, den Streifenbeitrag auf 30 A zu belassen. Im zweiten Punkte, „Agitation“, wird darauf hingewiesen, daß hier noch verschiedene Kollegen sind, die dem Verband fern liegen. Die meisten Kollegen auch in unserer Meierei zu haben, wird der Antrag gestellt, eine Hausagitation bei diesen Kollegen zu veranstalten. Welt diese Kollegen aber nur deshalb nicht im Verband sind, weil ihnen das Geld gerent, was sie an beisehen zu bezahlen haben und die Agitation einen Erfolg nicht verspricht, wird der Antrag abgelehnt. Es wird aber zu gleicher Zeit beschloffen, auf den Bauten und überall dort, wo die Mitglieder sonst mit diesen Kollegen zusammenkommen, besser zu agitieren als bisher. Im dritten Punkte, „Wichtigste Angelegenheit“, verliest der Bevollmächtigte zwei Verle: einen von Gebrüder Wittig, welche die Förderung nicht bewilligen, und einen von dem Unternehmer Seegen, der ebenfalls nicht bewilligt hat. Es bleibt der Lohnkommission überlassen, zu geeigneter Zeit die nötigen Schritte gegen diese Unternehmer einzuleiten. Da in der letzten Zeit diese Kollegen zugestimmt kommen, spricht die Versammlung für Bedauern darüber aus, daß auf diese Weise unsere Lohnbewegung in die Länge gezogen wird. Im Beschloffenen stellt ein Kollege den Antrag, eine Fahne anzuschaffen. Er ist der Ansicht, daß die Fahne die Kollegen besser zusammenhält. Von verschiedenen Rednern wurde jedoch darauf hingewiesen, daß augenblicklich das Geld beider verwendet werden könnte, als zur Anschaffung einer Fahne. Der Antrag wurde abgelehnt. Es wird der Beschloffen, einen Fahnenfonds durch freiwillige Beiträge zu sammeln. Zu diesem Zweck soll bei Versammlungen an der Thür eine Sammelbüchse aufgestellt werden, in der die Kollegen je nach Willen ihren Beitrag hineinwerfen können. Da sich der Kollege Kiesel schon ziemlich einigmaßen Jahre bemüht hat, Mitglied unseres Verbandes zu werden und in letzter Zeit die Interessen des Verbandes vertritt, beschloß die Versammlung, Kiesel aufzunehmen.

Stuttareure.

Berlin. Zu dem in der Nr. 20 des „Grundstein“ gebrachten Veranlassungsbericht über den Verlauf unserer Lohnbewegung für Einführung der Zeitlohnarbeit erlaube ich mir, doch in gewisser Beziehung meinen Standpunkt etwas näher zu beleuchten. Es wird nun zum zweiten Male, und zwar jetzt in unserem Gewerkschaftsblatt, öffentlich mitgeteilt, daß ich der Bewegung keine Aussicht auf Erfolg ausgesprochen habe, che nicht von den 800 arbeitenden Kollegen mindestens 700 organisiert sind! Es ist ein großes Mißverständnis seitens des Verleiteterratters und kam ich mehrere Kollegen als Zeugen anzuführen, daß ich stets nur von 800 gesprochen habe, resp. habe ich auf die Anfrage des Kollegen Schrad, wann ich der Bewegung Erfolg verspreche, und heraus erklärt, daß mindestens zwei Drittel der am Orte arbeitenden Kollegen organisiert sein müssen, um gerade in dieser wichtigen Lohnforderung maßgebende Erfolge erzielen zu können. Daß Erfolge zu erwarten waren, hat Niemand in der Versammlung bestritten, nur mußte dem gegenüber getreten werden, daß diese Lohnforderung nicht dazu angethan ist, einen vierzehntägigen Augenblickserfolg zu erringen und daß es zur Hochachtung und Vertheiligung der Erzeugnisse einer wohlorganisierten und zielbewußten Kollegenschaft bedarf. Und da konnte ich zu dem Kardinalpunkte meiner Forderung, welchen mit mir ein großer Theil der Kollegen theilt. Ich bin nämlich der Ansicht, daß derartige Lohnbewegungen von der Organisation ausgehen und daß die Stellung innerhalb der Organisation sich befinden muß. Kollegen, was sind die Ziele unserer Organisation? Neben dem Streikschuß, den der Einzelne durch gemeinsames Steuern genießen soll in gewerkschaftlichen Arbeiterkämpfen, neben der Gewährung einer Renteunterstützung, neben dem Streben, durch gemeinsames Handeln unsere fränkischen und arbeitslosen Kollegen zu unterstützen, steht doch als erstes und Hauptziel die wirtschaftliche Lage der Kollegen durch Erhaltung höherer Löhnes und kürzerer Arbeitszeit zu verbessern und in gemeinsamem solidarischem Handeln diese Erzeugnisse hoch zu halten. Ist nun auf Grund obiger Ziele unsere Lohnbewegung in's Leben getreten? Ja, sie ist es, denn wir haben und geben nicht unserer Selbsttäuschung hin. Wenn einige Erzeugnisse zu verbessern sind, so steht es doch an den Kollegen welche durch Bekanntheit und Ausdauer gewollt sind, innerhalb der Organisation für Verbesserung ihrer Lage einzutreten; denn nicht durch Eintritt in einen Streik, welcher von einigen öffentlichen Versammlungen beschloffen wird, kann die Verbesserung unserer Lage eintreten, sondern durch Beitritt zur Organisation, welche in befähigten und regelmäßigen Versammlungen über alle praktischen und tatsächlichen Fragen einer Lohnforderung berath und durch ein vorheriges regelmäßiges Beitragszahlen die bestmögliche Mittel zur Durchführung eines Kampfes rechtzeitig aufbringt. Was war nun die Folgeerscheinung unserer Lohnbewegung? Daß ein großer Theil der Organisirten, welche schon unter den geforderten Lohnbedingungen arbeiten, trotzdem gegen Eintritt in einen Streik waren und daß sie für ihre freien Meinungsäußerungen sich noch in öffentlicher Versammlung vertheidigen lassen mußten; denn es muß jeden rechtlich denkenden, von partikulärrechtlichen Anwandlungen freien Arbeiter betreffen, wenn er in einigen Anrufen im „Vorwärts“ immer wieder den Hinweis gerade auf die selbstbewußten Kollegen findet, daß sie es sind, welche an diesem und jenem Schuld haben, trotzdem der geringste Beweis dafür fehlt und sie nur ihr Recht als organisirte Kollegen betreiben haben. Gerade an die in Berlin arbeitenden selbstbewußten Kollegen wollte ich das Ergehen richten, nicht abzulassen von der Organisation, denn sie selbst wissen es am besten, daß noch Vieles zu verbessern ist und daß wir nur durch gemeinsames Handeln vorhandene Mißstände beseitigen können. An die in einer öffentlichen Versammlung gewählte und immer noch zu Recht bestehende Lohnkommission wollte ich aber das Ergehen richten, nicht zu sehr den solidarischen Organisationspunkt zu vergessen und sich neben der bestehenden Relation als Richter über organisirte Kollegen zu legen, denn der letzte mit „Die Lohnkommission“ unterzeichnete Aufruf im „Vorwärts“ ist nicht dazu angethan, Einigkeit unter uns zu fähen und er sollte es doch, wie ich annehme. Für mich bleibt es keine selbstbewußten oder norddeutschen, spezifisch gute oder schlechte Stuttareure, sondern nur Kollegen, welche gewollt sind, als Arbeiter für Erreichung ihrer Menschenrechte zu kämpfen!

Wit kollegialen Gruß W. Krebs.

Hamburg. Am 17. Mai tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale. Zunächst gab der Kassierer den Stellenbericht vom vorigen Quartal. Die Zahl der Mitglieder betrug laut voriger Abrechnung 182. Eingetreten sind in diesem Quartal 87, macht 269 zahlende Mitglieder. Der Kassistenstand vom vorigen Quartal betrug M. 581,97, in diesem Quartal eingekommene 35 pZt. der Beiträge M. 101,71, sonstige Einnahme M. 89,85, Summa M. 729,53; Ausgabe in diesem Quartal M. 289,65, bleibt Filialvermögen M. 439,88. Die Möglichkeit der Abrechnung wird von den Rediktoren befähigt und von der Versammlung für richtig anerkannt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende sprach sodann die Ansicht aus, daß nach unserer Lohnbewegung etwas anständiger und ruhiger gearbeitet werden müßte, was aber leider bei verschiedenen Kollegen nicht der Fall sei. Dieses wurde von der Versammlung gerügt. Hiernach erfolgte die Verlesung der Abrechnung vom Streifenfonds. Die Einnahme betrug M. 657, die Ausgabe M. 114,80, Bestand M. 542,20. Hieron sind M. 898 auf der Sparrasse belegt und M. 144,20 befinden sich noch in Händen des Kassierers, sollen aber auch in den nächsten Tagen zur Sparrasse gebracht werden. 20 M. sind noch zu zahlen von solchen Kollegen, die sich nicht recht trennen können von ihrem Gelde. Es wurde sodann noch bekannt gemacht, daß die Kollegen in Dresden sich im Auslande befinden; keine Kollege dürfe dorthin reisen und die Arbeit aufnehmen. Hiernach erfolgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

Vorzeim. Am Mittwoch, den 17. Mai, hielt die hiesige Filiale im Vereinslokal „zum Löwen“ ihre Mitgliederversammlung ab. Als wichtigster Punkt stand die Verlesung eines Schreibens der vereinigten Spinnmeister auf der Tagesordnung. Unser Verein, der seit circa 3 Jahren existiert, hat sich schon bedeutender Fortschritte zu erfreuen. Wir haben die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden reduziert, auf einen Stundenlohn von 50 A erzielt für bessere Arbeiter. Bei der früheren Arbeitszeit schwante der Tageslohn von M. 4,70 bis M. 5 für eben dieselben Arbeiter. Nachdem die hiesigen Meister unsere Forderungen bewilligt hatten, schlossen sie sich zusammen, um höhere Preise zu erzielen, da dieselben auf hiesigen Plätzen für

die Arbeitgeber durchaus keine günstigen zu nennen sind. Also konnten auch gleich die Meister etwas von uns lernen. Die Unterschrift eines jeden der sieben vereinigten Spinnmeister besiegelte die Abmachung. Statt sich als Mann zu feiern und der Arbeiter Nutzen an den Tarif zu halten, machte der Spinnmeister Biesel als Einziger eine Ausnahme, indem er den übrigen Meistern fast sämtliche Bauten zu einem bedeutend niedrigeren Preise wegschleppte. Die Folge hiervon ist, daß verschiedene Arbeiter der übrigen Meister sehr schon im Trodnen sitzen. Auf dieses hin sendeten uns die übrigen vereinigten Spinnmeister ein Schreiben, dahin lautend, daß, wenn wir nicht im Stande wären, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, sie gezwungen wären, den alten Lohn und die längere Arbeitszeit wieder einzuführen. Wir nahmen nun in unserer Veranlassung Stellung zu dieser Frage. In der Debatte berührten wir sämtliche Redner das Benehmen Biesels. Es wurde angeführt, daß dieses Vorgehen auch uns großen Nachtheil bringen muß. Es wurde der Antrag gestellt, über das betreffende Geschäft die Sperre zu verhängen. Dieser Antrag wurde mit 82 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Wichtigkeit dieser Frage halber waren auch Kollegen erschienen, die noch nicht im Verband sind, von ihrem Meister oder sonstigen Arbeitgeber wurden, ein Zeichen dafür, daß der betreffende Meister einsteht, wie notwendig es ist, daß Arbeiter wie Arbeitgeber in diesem Punkte übereinstimmen, wollen beide Theile nicht zu Grunde gehen. Deshalb wollten wir mit aller Energie den Streik durchführen. Die noch nicht beteiligten Kollegen wurden zum Schluß vom Kollegen Sorgius aufgefordert, Solidarisität gegenüber ihren Vätern zu bewahren, unserer guten Sache nicht heimlich zu sein, sich uns anzuschließen, damit wir geeint der unserer Existenz drohenden Gefahr entgegenzutreten können. Abschnung sieht sich noch 13 Kollegen in den Verband aufnehmen und die übrigen Kollegen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen.

München. Am 20. Mai fand hier eine gut besuchte öffentliche Stuttareureversammlung statt, in welcher Kollege Deneith A. L. Referirte. Der Redner wies in seinem interessanten Vortrag darauf hin, daß auch unser Gewerbe indirekt durch die Maschinenarbeit in Mitleidenhaft gezogen und dadurch ein bedeutendes Ueberangebot an Arbeitskräften geschaffen wird. Unter Zugrundelegung des staatlich für einen Marinefeldaten anerkannten Betrages von wöchentlich M. 7 bewies er treffend, daß der in unserem Gewerbe durchschnittlich gezahlte Lohn nicht hinreicht, um einer Familie eine angemessene Lebenshaltung zu garantieren. Er verurtheilte scharf das Afford- und das in verschiedenen Städten eingeführte Kolonnenhystem, durch welches einem weniger thätigen Arbeiter das Fortkommen beinahe unmöglich gemacht wird. Deneith A. L. führte verschiedene Submissionsbüchsen an, durch welche das Gewerbe gewisser „Wettstimmern“ in ganz eigenhüchlichen Mäße erscheint und besonders die Schädlichkeit der Affordarbeit dargelegt wird. Er warnte auch vor Unternehmern, welche ständig Inzerate im Deutschen Arbeitsmarkt (Flehen) erscheinen lassen und besprach sodann die Erfolge, welche durch unsere Organisation in letzter Zeit errungen wurden, z. B. in Frankfurt, Braunschweig, Köln usw., und forderte die Anwesenden auf, nicht zu erlahmen in dem Bestreben, kürzere Arbeitszeit und bessere Lohnbedingungen zu erringen. Der neunständige Arbeitstag ist noch lange nicht unser Ideal. Mit ruhiger Agitation, Einigkeit und Last nicht unser starkem Streifenfonds sollte es uns nicht schwer fallen, in kurzer Zeit den Acht und entag zu erkämpfen. Schon der glänzende Haß, mit dem die Unternehmer unsere Organisation verfolgen, muß auch dem Gledigstthigen die Augen öffnen und ihm seinen Platz in unseren Reihen anweisen. Lebhafter, wiederholter Beifall folgte den treffendsten Ausführungen des Redners. Nach kurzer Diskussion und einem padebenden Schlußwort Deneith A. wurde die Versammlung geschlossen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgari, Dietz Verlag) ist soeben das 85. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Internationales Schachfische. — Die Notwendigkeit in Natur und Geschichte. Antwort an R. Kautsky. Von Eduard Bernstein. — Die geistliche Einführung der freien Arztwahl. Von Robert Schmidt. — Sandburgische Schriften zur künstlerischen Jugendzuehung. Von Otto Amador. — Literarisches Rundschau. — Notizen: Die Elektrotechnik in der chemischen Großindustrie. — Feuilleton: Erinnerungen eines Schachbierzigers. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

Vorstand der Zentral-Frankenkasse. Abrechnung und Steuerbeleg haben wir für nächste Nummer zurückgelegt. Waren, Vurg? Anonyme Einwendungen (auch Annoncen) werden nicht angenommen.

Bekanntmachung

Generalbevollmächtigten der Maurer Deutschlands.

Die Agitationskommission des Bezirks Hannover-Draunschweig setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen:

- Heinr. Tietze, Meibohmstr. 21, B.
Albert Paul, Schötenstr. 8, Arbeitersekretariat.
Heinr. Wörtcher, Dörnerbergstr. 8a.
Fritz Weiskner, Bäckerstr. 28a.
Bern. Waffe, Meibohmstr. 24a.
Paul Kattich, Welfenplatz 11a, 8. St. I.
Bern. Wiese, Helmrichstr. Adolfsstr. 4.
Aug. Wunig, Wankenburg a. Forst, Markt 10.

Diese und sonstige Schreiben sind an Heint. Tietze zu richten, Gelder sind an Albert Paul zu senden.

In die Agitationskommission für den Bezirk Erfurt sind gewählt:

- Ernst Strumann, Nordstr. 21.
Carl Wartmann, Berggassestr. 4.
Bern. Polze, Goethestr.
D. Schindler, Iversgasse, Wilmstr. 8.
Ferdinand Berger, Iversgasse, Poststr. 45.
Alle Sendungen sind an Berger zu richten.
Th. Bümelburg, Generalbevollmächtigter.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsangehörigen Deutschlands.

Bekanntmachung.

Die Beitragsverhöhung,
welche der Verbandstag in Berlin beschloffen hat, tritt mit dem 1. Juni in Kraft. Es sind demnach vom 1. Juni an in Orten, wo der Stundenlohn bis zu 26 \mathcal{M} beträgt, 20 \mathcal{M} Wochenbeitrag, und in Orten, wo der Stundenlohn über 26 \mathcal{M} beträgt, 26 \mathcal{M} Wochenbeitrag zu zahlen.
Die neuen Beitragsmarken sind bereits an alle Zahlstellen versandt. Sollte irgend eine Zahlstelle übersehen worden sein, so ersuchen wir um Mitteilung.
Die alten Beitragsmarken müssen, sobald alle rückständigen Beiträge gezahlt sind, zurückgeschickt werden.
Um Streitigkeiten zu vermeiden, bemerken wir ausdrücklich, daß nach eingetretener Beitragsverhöhung die Streifkassensammlungen fortgesetzt werden müssen. (Siehe § 4 des Statuts.)

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Bismarck, Bremen, Magdeburg, Rottb., Münster, Suhl, Gmund-Schwabisch.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle **Rannheim:** Chr. Schmitt (Buch-Nr. 7), Joseph Gussfeldt (Buch-Nr. 7); von der Zahlstelle **Selmstedt:** Eduard Brödel (Buch-Nr. 037 956), Karl Wierlag (Buch-Nr. 038 082), Andreas Schinde (Buch-Nr. 037 981), Fritz Schaper (Buch-Nr. 037 936), Fritz Günther (Buch-Nr. 024 988), Fritz Körtge (Buch-Nr. 037 982), Karl Wierre (Buch-Nr. 024 997), Fritz Hannede (Buch-Nr. 037 972), Adolf Bunge (Buch-Nr. 038 032), Eduard Ader (Buch-Nr. 038 077), Aug. Thielmann (Buch-Nr. 038 085), Karl Ernst (Buch-Nr. 024 955), Wilhelm Weise (Buch-Nr. 037 993), Karl Westphal (Buch-Nr. 038 028), Karl Eggert (Buch-Nr. 038 027); von der Zahlstelle **Kulmbach:** Michael Schlottmüller (Buch-Nr. 57 659); von der Zahlstelle **G.-Richterfelde:** Ferdinand Feinert (Buch-Nr. 012 932), Gottlieb Jannich (Buch-Nr. 012 956). Vom Vorstande wurde ausgeschlossen: Franz Reudenorf (Buch-Nr. 019 477).

Als verloren

gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Gustav Merzsching (Buch-Nr. 62 703), Heinrich Reiser (Buch-Nr. 26 882), Wilhelm Knauth (Buch-Nr. 96 338), Oswald Pfebner (Buch-Nr. 99 629), Heinrich Jopf (Buch-Nr. 41 784). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

An die örtlichen Verwaltungen.

Nachdem wiederholt Geldbriefe und Depeschen an die Privatadresse des Kollegen Bömelburg geschickt sind, weisen wir hiermit ausdrücklich darauf hin, daß alle Sendungen an unser Bureau, Neue Brennerstraße 16, I. Et., zu richten sind.

S. A.: S. Offinghaus, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 24. bis 30. Mai sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Erfurt \mathcal{M} . 200, Köln a. Rh. 80, Delitzsch 80, Mühlheim a. Rh. 20, Schwiebus 63,85, Dranitzburg 60, Dresden 400, Döbenstedt 160,80, Neuhardenberg 100, Flensburg 40, Bruchmühle 30, Pindolstadt 30, Niemege 20,75, Köthen 67,60, Wittenau 12,03, Steinenbrunn 6,80, Döbenstedt 2,80, Greiz 48,22, Rottenburg i. Saan. 6,60, Wänden i. Saan. 9,90, Weuthen i. Oberf. 2,25, Böhlow 14,96, Jena 80, Mühlert i. W. 75,60, Wajungen 10, Wilsheimshagen 100, Elmshorn 70, Werber a. d. Sabel 60, Dresden 800, Riegnitz 180, Eberswalde 120, Gilsberg 100, Freyhan-100, Garz a. d. Ober 71,55, Celle 25. Summa \mathcal{M} . 3393,51.

Streifkassens.

Röthen \mathcal{M} . 76,88, Wittenau 7,80, Erfurt, Gebeke, Herbsleben 100, Spandau 60, Köln a. Rh. 20, Delitzsch 20, Mühlheim a. d. Ruhr 25, Schwiebus 11,15, Dranitzburg 20, Greiz 3,67, Döbenstedt 158,40, Flensburg 40, Bruchmühle 50, Döberberg i. d. Wart 3,75, Jena 35, Mühlert 32, Wajungen —, 50, Kiel 50, Elmshorn 40, Werber a. d. Sabel 40, Riegnitz 60, Eberswalde 133,76, Gilsberg 50, Garz a. d. Ober 61,56, Celle 25. Summa \mathcal{M} . 1104,46.

Für Agitation.

Celle \mathcal{M} . 20.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einheber von Geldern werden ersucht, auf den Nachschüssen genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Werbungsbeiträge sowohl als Streifkassensbeiträge, sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß. **Samburg, den 30. Mai 1899.**

J. Köster,

Samburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16, I. Et.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukauteure Deutschlands, „Grundstein zur Einheit“ (e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 21. bis 27. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Müddorf \mathcal{M} . 400, Harbort 200. Summa \mathcal{M} . 600.

Zuschüsse erhielten: München \mathcal{M} . 200, Stuttgart 200, Mannheim 200, Gelnhausen 200, Gabelsberg 150, Roschod i. W. 100, Bretlin 100, Faulbach 50. Summa \mathcal{M} . 1200.

Klona, den 27. Mai 1899.

Karl Reich, Hauptkassierer, Friedrichsaderstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Annoncen-Aannahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefall Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 15 \mathcal{A} .)

Verlehen. Am 26. Mai starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Friedrich Niemann** aus **Meisenborn** an der Influenza.
Wiesfeld. Am Dienstag, den 23. Mai, starb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege **August Grundke** im Alter von 80 Jahren.
Sammlerfall. Hiermit zur Anzeige, daß unser treuer Verbandskollege **Ferd. Nicker** am 10. Mai nach schwerem Leiden im Alter von 47 Jahren verstorben ist.
Königs-Wusterhausen. Nach langem Krankenlager starb am 14. Mai unser Verbandsmitglied **Albert Sackow** im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung.
Oberhörsdorf. Am 26. Mai starb unser Kollege **Johann Hildmann** im Alter von 63 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Zur Beachtung!

Das Mitglied **Karl Friedrich Völker**, Buch-Nr. 098 801, arbeitslos in Mainz und ist von dort seit dem 8. April d. J. spurlos verschwunden. Ob er abgereist oder ihm ein Unglück zugefallen, ist vollständig in Dunkel gehüllt. Seine Frau und fünf Kinder sind in großer Sorge um ihn. Alle diejenigen, welche über den Verbleib irgend welche Auskunft geben können, werden gebeten, diesbezügliche Mitteilungen an den Kassierer der Zahlstelle **Mensfelden**, Kollegen **Friedrich Kees**, gelangen zu lassen.

Aufforderung.

Das Mitglied **Johann Müller**, geb. 1877 zu **Bochum** (Buch-Nr. 70 607) wird hiermit aufgefordert, seine Adresse beim Kassierer **Meyer, Garburg, Marienstr. 28**, abzugeben. Mitglieder, die Auskunft über den Verbleib geben können, werden ersucht, seine Adresse dafolgt abzugeben. [M. 2,10]

Zahlstelle Weida.

Die Adresse des Bevollmächtigten, Kollegen **Franz Roth**, ist jetzt **Wiederstraße A 82 e.** [M. 1,20]

Rathenow.

Alle Kollegen, die vom vorigen Jahre noch das Vergütungsgehalt rückständig sind, werden ersucht, dieses bis Sonnabend 3. Juni, zu entrichten. Gleichfalls müssen bis dahin die Strafen Derjenigen, die bei den Leidenbegangnissen fehlten, entrichtet und die Streifkassenskonten abgestellt sein. [M. 2,40] Die örtliche Verwaltung.

Achtung!

Zahlstelle Bixdorf-Briz.
Sonnabend, 10. Juni, Abends 8 Uhr:

Erstes Stiftungsfest der Gesangsabteilung obiger Zahlstelle.

Alle Kollegen und Freunde des Vereins sind hierzu willkommen. Regen Besuch erwartet. [M. 3,30] Der Vorstand.

Zahlstelle Wittenberge.

Sonnabend, 10. Juni, Abends 8 Uhr:

Fünftes Stiftungsfest mit Ball in S. Schulzen's Lokalitäten.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. [M. 2,70] Das Comité.

Zahlstelle Tangermünde.

Sonnabend, den 3. Juni:

Erstes Stiftungsfest.

Die Zahlstellen der Umgegend werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 2,10] Das Comité.

Kollegen Deutschlands! Zölander, prima, 2 \mathcal{Q} schwer, \mathcal{M} . 6.

W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs., empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten

Double-Leder-Hosen

in silbergrau, weiß gebleicht u. dunkelbraun. I. Qualität, ganz stark, schwer, von Paar \mathcal{M} . 5; II. Qualität, mittelstark, halbschwer, von Paar \mathcal{M} . 4,50, frei in's Haus gegen Nachnahme. Bitte Musterkarte ev. Probehose zu verlangen.

Quittungsmarken,
Lokalitätsmarken, Streifkassensmarken,
Quittungskarten, Kontrollkarten, Sammellisten,
sowie alle
Druckarbeiten liefert sauber und preiswert
Conrad Müller,
Schleusen-Beipzig. Schleusen-Beipzig.
Illustrierte Preislisten gratis.

J. Blume & Co.,
Hamburg.
Täglicher Versand
unserer Bekannten, echt
englisch-lebendern und
Manchester
Arbeits-Artikel
und Färberei-Farben.
Muster
u. Preisliste gratis.
J. Blume & Co.,
Hamburg.

**Quittungsmarken und
Kautschukstempel**
Liefert seit 20 Jahren für tausende
Kassen und Vereine
Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bücher.
Musterliste Preislisten gratis und franco.
Sobald ersuchen das neue
Fractionsbild der sozialdem. Partei 1898

Arbeitsmarkt
(Aus: „Der deutsche Arbeitsmarkt“.)
Mchtige Maurer gesucht an dem Neubau der **Probinzial-
Fremdenanstalt Galtshausen, Station Langen-
feld (Rheinl.)**
Auf sofort 10 bis 15 mchtige Maurer für Reparatur von
Kochöfen gesucht. Baumunternehmer **W. Mecke, Saar
bei Bochum.**
Zum 5. Juni d. J. finden 30 Maurer und Sanftler,
welche schon an feuerfesten Arbeiten thätig waren, Ver-
schäftigung bei **P. H. Dorth, Baugeschäft, Rastatt-
hausen i. W.**
Kolonne Maurer, 30 bis 40 Mann, bei gutem Lohne sofort
gesucht. Offerten mit Wohnanschriften unter **W. W. 4236**
befördert die Expedition des „Deutschen Arbeitsmarkt.“
20 bis 30 mchtige Maurer finden dauernde und lohnende
Arbeit bei **G. H. Bichardt, Gabelsberg i. W.**
Gesucht ein Schicht mchtiger Maurer, welche geneigt sind,
mehrere Neubauten zu übernehmen. Offerten unter
W. J. 4431 befördert die Expedition des „Deutschen
Arbeitsmarkt.“

Der Sammlungs-Anzeiger

Unter dieser Rubrik werden alle Veranlassungen der dem Geschäftsmutlage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Kreis von 10 \mathcal{A} pro Seite bekannt gemacht. Für jede Veranlassung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Veranlassung eingekauft werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 3. Juni:
Bargteheide. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Bornhöved. In der Oberge. Alle 16 Kollegen werden gebeten, diesmal zu erscheinen.

Sonntag, 4. Juni:

Belgern. Nachmittags 3 Uhr im **Wahlfeld „Zum weißen Hof“.** Erscheinen alle Mitglieder.
Bergedorf. Nachmittags 4 Uhr im „St. Peterburg“. Vortrag des Kollegen **Reisig.**
Bolzberg. Nachmittags 4 Uhr bei **G. Haupt.** Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
Burgstädt i. S. Sehr bringen. Mühlert, u. v. a. m. Erscheinen notwendig.
Gransbe. Nachm. 3 Uhr im **Franken-Sofale.** Kollegen, sehr pünktlich und zahlreich anwesend.
Neu-Ruppin. Nachm. 3 Uhr in der **Oberge** zur **Helms.** Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
Reinbek. Nachm. 4 Uhr im „Schützenhof“. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist notwendig.
Stendal. Veranlassungen finden jeden ersten Sonntag nach dem 1. und 16. im Monat statt. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.
Werder. Nachmittags 4 Uhr. Die Tagesordnung bezieht sich auf das Erscheinen aller Mitglieder.

Montag, 5. Juni:

Celle. Abends 8 Uhr bei **W. Köster.** Kollegen, sehr alle pünktlich zur Stelle!
Liegnitz. Alle Mitglieder müssen pünktlich im **Sahlfeld „Zum goldenen Fiedler“** erscheinen.

Dienstag, 6. Juni:

Itzehoe. Abends 8 Uhr in der **Zentral-Oberge.** Vortrag. Alle Mann müssen am Platze sein.
Spandau. Abends 8 Uhr bei **W. Köster.** Nummer 1. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Sonnabend, 10. Juni:

Husum. Abends 8 Uhr bei **W. Köster.** Kollegen, sehr alle pünktlich erscheinen.
Sonntag, 11. Juni:
Annaburg. Nachm. 3 Uhr. Vortrag: **Referat** **Karl Köster.** Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Druck: Samburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Meyer & Co.** in Samburg.